

# VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG  
BUCHVERSAND

D-78266 BÜSINGEN

D-27315 HOYA / POSTFACH 1251

TELEFON (0 77 34) 60 61

TELEFON (0 42 51) 5 61

TELEFAX (0 77 34) 71 12

TELEFAX (0 42 51) 30 70

Verlässlich und kompetent seit 1951

## 1 **Sehr geehrte Damen und Herren,**

Politiker und manche „Meinungsmacher“ (um nicht von „Haltungsjournalisten“ zu sprechen) gehen uns derzeit mit dummen Äußerungen auf die Nerven, die entweder von einer völligen Unwissenheit oder von nur noch dreister Demagogie zeugen. Beides ist schlimm und einer Demokratie (sofern wir sie noch haben, weiter unten mehr dazu) nicht würdig.

Bleiben wir zunächst bei der uns möglicherweise drohenden Energiekrise. Baden-Württembergs grüner Ministerpräsident Winfried Kretschmann überraschte die informierte Öffentlichkeit vor kurzem mit der nur als „dumm“ zu bezeichnenden Feststellung, daß wir zwar ein Gas-, aber kein Stromproblem hätten. Man mag sich fragen, auf welchem Planeten Kretschmann eigentlich lebt – die Erde (und erst recht das Deutschland dieser Tage) kann es eigentlich nicht sein. Ist an Kretschmann wirklich vorübergegangen, daß in den letzten Jahren immer mehr Gaskraftwerke eingesetzt wurden, um unsere Stromversorgung zu stabilisieren? Und will er ideologiebedingt wirklich nicht erkennen, daß ein Weiterbetrieb der letzten drei noch laufenden Kernkraftwerke über das Jahresende 2022 hinaus unser Stromproblem zwar nicht lösen, aber zumindest mildern könnte? Nein, Kretschmann und viele andere Grüne wollen das wohl nicht. Sie wollen das grüne Dogma des schnellstmöglichen Atomausstiegs im Interesse ihrer Partei nicht aufgeben und fahren dafür lieber – sinngemäß – unsere Wirtschaft und damit unser Land gezielt gegen die Wand!

Nach zwei harten Coronajahren haben nun Wissenschaftler den Sinn und Erfolg der von der Politik erlassenen Maßnahmen untersucht. Lockdowns, 2G/3G-Einschränkungen, Schulschließungen, Maskenzwang und noch viel mehr kamen dabei auf den Prüfstand. Die Untersuchungsergebnisse muten über weite Strecken wie eine Abrechnung mit der Politik an – doch die Gesundheitsminister zeigen sich weitgehend beratungsresistent und drohten für den kommenden Herbst/Winter schon wieder ähnliche Maßnahmen an. Und ist es nicht eigentümlich, wenn zum einen für Bus und Bahn auf dem Fortbestehen der Maskenpflicht beharrt wurde, während man andererseits mit dem „9-Euro-Ticket“ für ein noch gesteigertes Gedränge in den öffentlichen Verkehrsmitteln sorgte . . . ?

Deutsches Gas muß im Boden bleiben, weil vor allem grüne Politiker auf einem strikten Verbot der Fracking-Fördermethode beharren. Stattdessen soll nun verflüssigtes Gas aus den USA und den Golfstaaten geliefert werden – dort ebenfalls mit der Fracking-Methode gefördert. Ganz zu schweigen von den noch längst nicht verfügbaren Transport- und Hafenskapazitäten. Und daß der lange Seetransport dieses Gases auch nicht gerade umweltfreundlich sein dürfte, steht noch auf einem ganz anderen Blatt.

Nicht gerade mit Ruhm bekleckerte sich dieser Tage auch die Berliner Humboldt-Universität, als sie einen im Rahmen der „Langen Nacht der Wissenschaften 2022“ angekündigten Vortrag ihrer eigenen Biologie-Doktorandin Marie-Luise Vollbrecht kurzfristig absagte. Politisch-korrekte Stimmen hatten sich bereits am Vortragstitel „Geschlecht ist nicht gleich Geschlecht. Sex, Gender und warum es in der Biologie nur zwei Geschlechter gibt“ gerieben und massive – also wohl auch gewalttätige – Gegenproteste angedroht. Vollbrecht wollte nach eigener Aussage dabei nur evolutionsbiologisch herleiten, warum es aus biologischer Sicht nur zwei Geschlechter gibt und daß das biologische Geschlecht (Sex) und Geschlechterrollen (Gender) völlig unterschiedliche Dinge sind. Unter anderem der „Arbeitskreis kritischer Jurist\*innen an der Humboldt Uni Berlin“ (AKJ) drohte: „An unserer Uni gibt es keinen Platz für Queerfeindlichkeit. Wir sehen uns auf der Straße.“

Der abgesagte Vortrag soll nun zeitnah im Rahmen einer Diskussionsrunde nachgeholt werden, doch der aus der Absage entstandene Schaden für die wissenschaftliche Diskussionskultur ist nicht zu übersehen. Und geht es in unserer Demokratie nicht inzwischen schon oft ähnlich zu, weil auch in der politischen Diskussion immer mehr eingeengt wird, wer noch was sagen darf? Dabei verkennt man, daß Fortschritt in Wissenschaft und Politik stets auf dem Aufeinandertreffen teilweise sehr verschiedener Meinungen basiert. Wenn nun im Vorfeld eine Gleichschaltung der Meinungen erfolgt, kann es nicht mehr zu fruchtbaren Diskussionen kommen, der Fortschritt wird gewissermaßen ausgebremst. Wahrscheinlich wissen das auch „Gender- und andere Ideologen“ und sie sind gleichwohl bemüht, keine ernstzunehmende Kritik an ihrer Ideologie aufkommen zu lassen. Offenbar kennen auch sie die Schwachpunkte ihrer Ideologien nur zu genau.

Für unsere Demokratie bedeutet es nichts Gutes, wenn Toleranz gegenüber abweichenden Meinungen durch angebliche „Haltung“ ersetzt wird . . . (tb)

## 2 Jetzt zündelt Litauen zum Dritten Weltkrieg

Exklaven wie z.B. Kaliningrad für Russland und vormals West-Berlin für die Bundesrepublik sind immer sehr delikate und konfliktanfällige Konstellationen. Die Versorgung der (exterritorialen) Bevölkerung ist für die Exklaven überlebensnotwendig und wird deshalb vertraglich besonders sorgfältig gesichert. Seinerzeit halfen die USA mit ihren „Rosinenbomben“ und einer Luftbrücke dem westlichen Teil Berlins mit seinen alliierten Kommandostrukturen zum Überleben, als die Sozialisten die Landverbindung in die Westzone kappten. Wichtig waren danach deshalb gute, feste und für Krisenfälle ausgelegte Verträge, die eine Verbindung des Mutterlandes mit der Exklave gewährleisten. Die sogenannten „Transitautobahnen“ und Transitzugverbindungen standen schließlich dafür bis zur deutschen Wiedervereinigung genauso ein, wie dies heute entsprechende Verträge zwischen Litauen und Russland im Fall Kaliningrads (ehemals Königsberg) eigentlich garantieren sollen.

Einseitig hat nun – zum Schrecken vieler Experten – Litauen mit moralischer Unterstützung seitens des NATO-Hauptquartiers die Verträge mit Russland gebrochen, indem es unter dem Vorwand, EU-Sanktionen durchsetzen zu wollen, die Bahnverbindung zu Russland weitgehend kappte. Damit ist die Versorgung der Exklave auf dem Landweg eingeschränkt. Und gänzlich unbeantwortet ist auch noch die Frage, ob die Europäische Union (EU) ohne UNO-Mandat überhaupt Sanktionen verhängen durfte, ohne gleichzeitig Kriegspartei geworden zu sein. Ehemalige US- und deutsche Militärführer erklären die jetzt dramatische Situation wie folgt: Litauens Provokation soll möglicherweise dazu dienen, Gegenmaßnahmen von Russland und damit eine offizielle Begründung für eine offene Beteiligung der NATO am dann gewissermaßen „Dritten Weltkrieg gegen Russland und seine Verbündeten“ zu provozieren.

Verdeckt ist die NATO bereits seit Anbeginn der Kampfhandlungen im russisch-ukrainischen Krieg – eigentlich bereits seit dem Maidan-Putsch von 2014 – ohnehin beteiligt. Dies sowohl mit Material und nachrichtendienstlicher Aufklärung als auch mit einem Wirtschaftskrieg und (wie es die Gefangenen zeigen) auch mit Soldaten, welche bislang jedoch als „ehemalige Soldaten“ oder „Söldner“ tituliert wurden. Nachdem nun aber die ukrainische Armee mit den NATO-Söldnern Gefahr läuft, entgegen den anderslautenden Berichten der meisten westlichen Medien quasi aufgegeben zu werden und auch immer mehr „Söldner“ in russische Gefangenschaft geraten, droht nicht nur der Ukraine, sondern letztlich auch der NATO eine schwere militärische Niederlage. Darüber hinaus stehen dabei Investitionen von u.a. George Soros und Angehörigen des Biden-Clans über Hunderte Milliarden US-Dollar auf dem Spiel, die im Falle einer Niederlage wohl endgültig verloren wären. Es liegt förmlich auf der Hand, daß in daran interessierten Kreisen nun der Wunsch nach einem direkten NATO-Eingriff wächst, was letztlich und recht schnell zu einem Dritten Weltkrieg führen könnte.

Großbritanniens Marine-Führung hat beispielsweise schon einige Kräfte in die Ostsee verlagert und manche Historiker sehen in der gesamten Entwicklung bereits Parallelen zum Zweiten Weltkrieg, wo die Situation um die 1920 vom deutschen Reichsgebiet getrennte Stadt Danzig als ein Baustein für den Kriegsausbruch gesehen werden kann. Statt Eskalation bräuchten wir jetzt ganz dringend Deeskalation, Beschwichtigung und keine Ausdehnung des Kriegs auf ganz Europa! Der NATO und den amerikanischen „Freunden“ ist dies leider weitgehend gleichgültig. Dies beklagen vor allem führende ehemalige US-Militärs, die nicht mehr mit ihrer Meinung zur Verschwiegenheit verpflichtet sind. (eh)

## 3 Amerika-Gipfel wird zum Image-Fiasko für US-Sozialisten

Nachdem sich die aktuelle sozialistische Regierung in den USA bereits in einen Streit mit zwei Dritteln der Bevölkerung Osteuropas und Asiens begeben hat, sollte Anfang Juni ein „Amerika-Gipfel“ Verbündete in Süd- und Mittelamerika umwerben. Doch auch dieser entwickelte sich für Washington zu einem Fiasko. Immer mehr – und vor allem wichtige – Staaten Südamerikas und Lateinamerikas sagten ihre Teilnahme ab. Allen voran das für die USA bedeutsame Mexiko unter Präsident Andrés Manuel López Obrador. Von den USA bekämpfte Länder wie z. B. Venezuela, Kuba und Nicaragua wurden gar nicht erst eingeladen, so auch Guatemala oder das besonders für die Silicium-Gewinnung entscheidend gewordene Bolivien. Auch Argentinien und Brasilien blieben dem sogenannten „Amerika-Gipfel“ fern und bevorzugten eine engere Kooperation mit Russland über die BRICS-Initiativen. Es verblieb ein fast unbedeutender Rest, was wieder einmal die tiefe Dissonanz der USA mit den latein- und südamerikanischen Ländern offenbarte. Dabei wurde auch offenkundig, daß die sogenannte „Monroe-Doktrin“ (die USA machen in Latein- und Südamerika, was sie wollen und Europa hat sich rauszuhalten) für Washington kaum mehr von Nutzen ist. Besonders Mexikos Fernbleiben schmerzte die USA, zumal das Migrationsproblem durch Bidens „offene Grenzen-Politik“ wieder eskalierte. Und auch als Energielieferant dürfte Mexiko für die USA wieder bedeutsamer geworden sein.

Damit zeigt sich auch deutlich, daß immer mehr Länder kein Interesse an der vom Biden-Regime unterstützten „Great Reset“-Selbstzerstörungspolitik des von dem Deutschen Klaus Schwab dominierten Weltwirtschaftsforums (WEF) haben. Weil in nicht wenigen dieser Länder noch US-Truppen stationiert sind, deuten sich hier bereits die nächsten möglichen Krisenherde an. Auch in diesem Sinne dürfte der „Amerika-Gipfel“ als ein neuer diplomatischer Tiefpunkt der Biden-Administration in die Geschichte eingehen. (eh)

## 4 „Welches Geschlecht hatten Sie am Tag Ihrer Geburt?“

Der Verfasser dieser Zeilen hatte vor einigen Tagen das zweifelhafte Vergnügen, im Rahmen der derzeit laufenden Volkszählung zu den 10 % der Bürger zu gehören, die noch einmal extra befragt wurden. Nach Angabe der eigenen persönlichen Daten und denen der Ehefrau (z.B. Namen, Geburtstage und Wohnsitz) wurde dann gefragt, welches Geschlecht der Verfasser bzw. dessen Gattin wohl am Tag ihrer Geburt gehabt hätten. Eine eindeutige Antwort wurde für diese vom Befragten als „modisch-sinnfrei“ erachtete Frage nicht gegeben, sondern es wurde auf die in dieser Hinsicht eindeutigen Vornamen verwiesen. Soweit so gut bzw. schlecht – hat das Deutschland dieser Tage wirklich keine dringenderen Probleme zu lösen als derartige Fragen zu stellen? Zweifel bleiben angebracht und es bleibt die beunruhigende Erkenntnis, daß der Gender-Wahn in Deutschland offenbar schon viel weiter fortgeschritten ist, als es uns allen lieb sein kann . . .! (tb)

## 5 Gates und die Medien

Microsoft-Gründer Bill Gates war während der Hochphase der Corona-Pandemie in vielen Medien präsenter denn je. Gleichwohl blieben seine seit vielen Jahren immer wieder getätigten Spenden an international bekannte Medienhäuser bis heute weitgehend verborgen. Es zahlte meistens die „Bill & Melinda Gates-Stiftung“ (im Folgenden nur noch als „Gates-Stiftung“ bezeichnet), wobei in den letzten Jahren mehr als 300 Mio. US-Dollar zusammenkamen. Es wäre lebensfremd anzunehmen, daß diese stattlichen Spenden nicht auch für entsprechend „angepasste“ redaktionelle Inhalte sorgten . . .

Zu den von der Gates-Stiftung bedachten Häusern zählten u.a. Al-Jazeera aus dem arabischen Raum; The Guardian, die Financial Times, der Daily Telegraph und die BBC aus Großbritannien; CNN, NBC, NPR, PBS, die Texas Tribune und The Atlantic aus den USA; El Pais aus Spanien und Le Monde aus Frankreich. Hinzu kommen noch etliche Rundfunk- und Fernsehsender sowie Internet-Portale. In diese von kritischen Journalisten erstellte Liste gingen von insgesamt mehr als 30 000 Zahlungen nur diejenigen an solche Medienhäuser ein, die auf der Webseite der Gates-Stiftung als „Medienpartner“ aufgeführt sind. Im Umkehrschluß bedeutet dies, daß es noch zahlreiche weitere Zahlungen an Medienhäuser gibt, die von der Gates-Stiftung nicht als „Medienpartner“ geführt werden. Gleichwohl bleibt auch hier ein gewisser Zusammenhang zwischen Zahlung und medialer Berichterstattung zu vermuten.

Darüber hinaus bezuschulte die Gates-Stiftung Projekte zur „Förderung der Zusammenarbeit zwischen medizinischen Experten und Fernsehautoren und -produzenten“. In der Praxis sah dies so aus, daß Gates auch in Deutschland zur besten Sendezeit im Rahmen der Fernsehnews immer wieder zu Wort kam und dabei sein Publikum vor allem mit Corona-Schreckensszenarien erschreckte, indem er z.B. von einem rasanten Anstieg der Corona-Todeszahlen in Afrika warnte. Heute wissen wir, daß viele afrikanische Staaten bis jetzt besser durch die Pandemie gekommen sind als die Industrienationen in Europa und Nordamerika. Schon damals war bekannt, daß Gates an der Impfstoff-Entwicklung kräftig mitverdienen wollte. Laut einem Bericht von „Der Aktionär“ hatte sich die Gates-Stiftung u.a. an AstraZeneca, Johnson & Johnson, Sanofi und Novavax beteiligt und unterhielt Kooperationsvereinbarungen mit Biontech und Moderna.

Zu den Bedachten zählt auch das deutsche Nachrichtenmagazin Spiegel. Laut dem Branchendienst Newsroom erhielt das Hamburger Medienhaus im Herbst 2021 umgerechnet rund 2,5 Mio. € und in 2018 flossen schon einmal 2,3 Mio. € nach Hamburg. Daneben steht auch das deutsche YouTube-Format Kurzgesagt mit etwa 500 000 € auf der Empfängerliste. Der Kanal verbreitet animierte Erklärvideos zu wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Themen. Beim Spiegel fühlte man sich dabei offenbar nicht ganz wohl in der eigenen Haut, denn man betonte überdeutlich, daß Gates und seine Stiftung keinerlei Einfluß auf die redaktionelle Berichterstattung nehmen würden. Doch beißt man in die Hand, die einen teilweise füttert? Wohl kaum – eine Archivsuche nach kritischen Gates-Artikeln führte jedenfalls zu keinem Ergebnis.

Auch Gates' Milliardärskollegen wie z.B. Jeff Bezos (Amazon) pflegen die Medienlandschaft. Bezos hat mit der Washington Post sogar gleich ein Aushängeschild der US-Presselandschaft gekauft. In Kürze könnte auch die Internet-Plattform Twitter auf dieser Liste erscheinen, wenn Elon Musk (u.a. Tesla) seine erklärte Kaufabsicht realisieren sollte. Der größte Medienmogul ist allerdings noch immer Rupert Murdoch, dem z.B. Fox News, The Times of London, Wall Street Journal und New York Post gehören.

Vor etwa 20 Jahren erklärten manche seiner Kritiker Gates' erste Ausflüge in die Philanthropie (also eine – vielleicht auch nur vorgegebene – Menschenliebe) mit dem Versuch, seinem Microsoft-Softwarehaus auch auf diese Weise zusätzliche Umsätze zu beschern. Andere sahen darin nur den Versuch, seinen nach jahrelangen Kartellstreitigkeiten eher ramponierten Ruf zu verbessern. Dieselben Medien, die Gates vor zwei Jahrzehnten noch vernichtend kritisierten, schreiben heute meistens dann anders über ihn, wenn es irgendeine Verbindung zur Gates-Stiftung gibt. Doch von irgendwelcher Beeinflussung mag hier kaum jemand sprechen . . . (tb)

## 6 Neue EU-Ratspräsidentschaft mit neuer „Ost-Perspektive“

Der am 1. Juli erfolgte Übergang der EU-Ratspräsidentschaft von Frankreich auf die Tschechische Republik wird auch zu einer Verschiebung der politischen Prioritäten der Europäischen Union führen. Der Blick wird dabei mehr als bisher in Richtung Osten gelenkt sein – eine Region, auf die man in Frankreich seit dem Fall der Berliner Mauer noch immer mit einer Mischung aus Unverständnis, Mißtrauen und Überheblichkeit blickt. Vielleicht gelang es auch deshalb Frankreich nicht, noch kurz vor dem Ende seiner Ratspräsidentschaft Bulgarien von seiner bisherigen Verweigerung der Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit Nordmazedonien abzubringen. Frankreichs Vorschlag hätte nämlich eine Änderung der nordmazedonischen Verfassung erfordert, was man in Skopje aber ablehnte. Es liegt nun an Prag, hier vermittelnd einzugreifen und den Weg für Beitrittsverhandlungen freizumachen.

Auch auf den russisch-ukrainischen Krieg blickt man in Prag anders als in Paris. Man hat an der Moldau schließlich noch nicht den sowjetischen Einmarsch des Jahres 1968 vergessen, der dem Prager Frühling folgte. Vielleicht besuchte auch aus diesem Grund der tschechische Ministerpräsident Petr Fiala – zusammen mit seinen Amtskollegen aus Polen und Slowenien – schon im März die vom Krieg gezeichnete Ukraine. Im westlichen Europa rümpfte man darüber vielerorten noch die Nase und sprach von einer reinen „Showeinlage“. Allein schon wegen ihrer „Prager Frühlings-Erfahrung“ ist unter der bis zum 31.12.2022 laufenden tschechischen EU-Ratspräsidentschaft kaum mit einem wie auch immer gearteten Nachgeben der EU gegenüber Russland zu rechnen. (tb)

## 7 EU-Kommission muß Stellen abbauen

In der Verwaltung der Europäischen Kommission wird zwischen Festangestellten und Vertragsangestellten unterschieden, wobei letztere nur über Zeitarbeitsverträge verfügen und deshalb bei Bedarf schnell wieder freigesetzt werden können. Dazu dürfte es in den kommenden Monaten verstärkt kommen. Der Grund ist eine den Festangestellten zu gewährende Gehaltserhöhung von etwa 2,4 % (ermittelt aus der Kaufkraftveränderung in zehn vorab festgelegten EU-Ländern). Weil die sich daraus ergebende Budgetbelastung nicht zu tragen sei, heißt es aus Brüssel, müsse nun beim Personalbestand gespart werden. Die Folge sind eine Nichtbesetzung freierwerdender Stellen (z.B. nach Pensionierungen) und der Verzicht auf eine Verlängerung vieler auslaufender Zeitverträge. Ohne auf die Arbeitsbelastung der durchschnittlichen EU-Mitarbeiter einzugehen (über die es viele und sehr unterschiedliche Aussagen gibt), befürchten EU-Kenner, daß mit der absehbaren Personalkürzung auch die Bearbeitungszeiten in der EU-Verwaltung noch einmal zunehmen werden. (tb)

## 8 Kein Geld für die Deutschen, aber alles Geld für die Welt

Finanzminister Christian Lindner (FDP) kündigte an, die vornehmlich an Deutsche gezahlten Subventionen zu überprüfen. Und für breit angelegte Zwangsabgabenerleichterungen sieht ohnehin keine der sozialistisch geprägten Parteien Deutschlands einen Spielraum. Nur mit Mühe und äußerst widerwillig dürfte noch überlegt werden, wie man zumindest die Folgen der kalten Progression bei den ohnehin inflationsgeschädigten Leistungsträgern vermindern könnte. Denn schon jetzt sind die deutschen Leistungsträger – insbesondere der Mittelstand – weltweit die am härtesten durch Zwangsabgaben bestraften Personengruppen überhaupt. Gleichzeitig sind sie aber die einzigen Nettozahler im System und damit diejenigen, die für den Wohlstand verantwortlich sind und „den Karren am Laufen halten“.

Immer perfider haben die Finanzminister mit ihren Durchführungsverordnungen und Nichtanwendungs-erlassen (offener Rechtsbruch gegen höchstrichterliche Urteile) die Zwangsabgabenbelastung der Unternehmen und Leistungsträger in immer neue Höhen katapultiert. Betriebsprüfungen werden nach Einschätzung der Betroffenen nicht selten zu reinen Plünderungszügen aus, bei denen auch gerne einmal das rechtlich Gebotene überstrapaziert wird. Hand in Hand mit den sich überlastet fühlenden Gerichten werden danach Kompromisse zu Lasten des Steuerbürgers (heißt dann „Vergleich“) angestrebt. Dabei erwarten die Behörden von den Steuerpflichtigen stets rasches Reagieren und eine sofortige Umsetzung ihrer „Weisungen“. Die Amtsträger unterliegen dagegen praktisch keinem Zeitdruck, was nicht selten dazu führt, daß Steuerfälle mit einer zu erwartenden Rückerstattung hintenangelassen werden. Kurzum, die Finanzämter sind von der Politik zu tendenziell unternehmer- und leistungsträgerfeindlichen Einrichtungen umgezogen worden und deshalb ein wesentlicher Grund für die in Deutschland stark abgenommene Leistungsbereitschaft.

Für viele fiskalische Schikanen könnte man noch unter Schwierigkeiten Verständnis aufbringen, wenn denn tatsächlich kein Geld für die Kernaufgaben des Staates vorhanden wäre und Einnahmen für die Aufrechterhaltung des Staates dringend notwendig wären. Dies ist aber ganz und gar nicht so. Hunderte Milliarden werden im Handumdrehen von der Politik ins Ausland – sogar an gemäß Medianvermögen dreimal so reiche EU-Bürger – veruntreut oder für eine völkerrechtlich nicht gedeckte Beteiligung an einem Krieg verwendet. Über europäische Umverteilungskanäle werden per Nachmittagsentscheidung z.B. Italien 200 Mrd. Euro Sondersubventionen zufließen. Für den Einkauf bei vor allem US-Rüstungsunternehmen wurden in Deutschland ohne große Diskussion per Grundgesetzänderung 100 Mrd. Euro (schuldenfinanziert!) problemlos freigegeben. Der Staatsapparat ist dabei so aufgebläht wie noch nie in der deutschen Geschichte, während die Bürger mit immer neuen „Sabotagemaßnahmen“ (zuvor Corona-Lockdown, jetzt Kriegs-Sanktionen) gestraft und wirtschaftlich sabotiert werden. Es stellt sich dabei schon die Frage, wie unter diesen Maßnahmen noch der Amtseid, Schaden vom deutschen Volk abzuhalten und seinen Wohlstand zu mehren, subsumiert werden könnte.

Auch Christian Lindner hat es klargestellt: kein Geld für die Deutschen, aber für das Ausland so viel es will. Das Erschreckende dabei: in der Koalition der von den Grünen dominierten Sozialisten ist Christian Lindner sogar noch der Bremser. Seine Koalitionspartner wollen die Veruntreuung deutscher Steuergelder in noch höhere Dimensionen treiben. In so einem Umfeld haben z.B. die Ford-Werke schon einmal dem Standort Deutschland für die Elektromobilität abgesagt und die Aufgabe ihres dafür möglichen Produktionsstandortes Saarlouis angekündigt. Sie werden nicht die letzten sein. (eh)

## 9 EU-Einigung auf Ladekabelstandard

Die EU-Mitgliedsländer einigten sich darauf, daß ab Mitte 2024 der sogenannte USB-C-Stecker als einheitliche Ladebuchse in zahlreichen verschiedenen Elektrogeräten wie z.B. Handys verbaut werden muss. Damit ist Schluss mit den verschiedenen und jeweils inkompatiblen Anschlüssen verschiedener Hersteller. Brüssel zufolge können auf diese Weise voraussichtlich etwa 1 000 Tonnen Elektroschrott jährlich eingespart werden. Dies sind vor allem Netzteile und Ladekabel, die bisher bei fast jeder Geräteumstellung unbrauchbar wurden und die deshalb ebenfalls neu beschafft werden mußten. (eh)

## 10 Bilderbergtreffen in Washington

Die erste Bilderberg-Konferenz nach der seit dem Jahr 2019 andauernden „Corona-Pause“ fand Anfang Juni in Washington statt. Deutschland war dabei weniger prominent vertreten als in den vorhergehenden Veranstaltungen. Anwesend war aus Deutschland z.B. der frühere Deutsche Bank-Aufsichtsratschef Paul Achleitner, der gleichzeitig Schatzmeister der Bilderberg-Treffen ist. Die Bundesregierung wurde vertreten vom Staatssekretär im Bundeskanzleramt Jörg Kukies, einer der derzeitigen Top-Berater von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). Vor seiner Tätigkeit für die Bundesregierung war Kukies Co-Deutschlandchef der Investmentbank Goldman Sachs. Zum wiederholten Mal war Matthias Döpfner dabei, der Vorstandsvorsitzende des Axel Springer-Verlages. Der neue Springer-Miteigentümer, der Finanzinvestor KKR, wurde durch seinen Mitbegründer Henry A. Kravis vertreten. Dessen Gattin Marie-Joseph Kravis kümmert sich ganzjährig um Bilderberg-Angelegenheiten und war in ihrer Funktion als Co-Vorsitzende des Museum of Modern Art ebenfalls anwesend.

Zu den weiteren Deutschen auf dem Treffen zählten Thomas Buberl (Vorstandschef der AXA-Versicherung), Tobias Lütke (Gründer und Vorstand des Shopify-Softwarehauses) sowie Constanze Stelzenmüller, die der US-Denkfabrik Brookings Institution angehört und die von vielen deutschen Medien als „USA-Erklärerin“ zitiert wird. Eine vollständige Teilnehmerliste (4 Seiten) halten wir gegen Einsendung von zwei 1,60 €-Briefmarken (für das Rückporto und als Kopierkostenzuschuß) für Sie bereit. Bitte, richten Sie Ihre Zuschrift an die Redaktion der „Vertraulichen“ in D-78266 Büsingen. Wenn Sie uns ein Fax (0 77 34/71 12) oder eine E-Mail senden (verwaltung@vertrauliche-mitteilungen.de), können wir Ihnen die Teilnehmerliste auf gleichem Wege (also per Fax oder Mail) kostenlos zusenden. (tb)

## 11 Für Sie aufgelesen:

„Wenn man im Mittelpunkt eines Festes stehen möchte, darf man nicht hingehen.“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Büsingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADES1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann (tb), Dr. Eike Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettenhofer GmbH & Co. KG, D-27324 Eystrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.